

VON BERND KALLINA

Das alte bundesrepublikanische Herrschaftsgefüge, bestehend aus den traditionellen Altparteien der sogenannten Mitte incl. der kommunistischen Linkspartei sowie tonangebender Leitmedien, ist durch ein weltweit beachtetes Gespräch auf der Plattform X kräftig durcheinander geraten: Die Rede ist vom Interview zwischen dem US-Milliardär Elon Musk und der AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel. Die Aufregung über diese Form von Meinungsfreiheit überschlägt sich seither geradezu hysterisch. Von „unerlaubter Wahlkampfhilfe“ für die AfD ist die Rede, so poltert beispielsweise die auflagenstarke „Bild“-Zeitung. Die aus EU-Steuermitteln finanzierten „Euronews“ vermuten gar, dass „Musks Unterstützung für die AfD auf X“ „illegal“ gewesen sein könne. Schließlich habe er die rechte Oppositionspartei als einzige Kraft befürwortet, die in der Lage sei „Deutschland zu retten“. Man verbitte sich Einmischungen in die deutsche Innenpolitik aus dem Ausland tönen Bundeskanzler Olaf Scholz und im Gefolge Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz unisono.

Doch das übertriebene Geschrei erscheint bei einer näheren Betrachtung internationaler Kommunikationsvorgänge seltsam weltfremd und vor allem – bei den moralisierenden Tönen der offiziellen BRD-Akteure – auffallend heuchlerisch. Das lautstarke Beklagen vielfältiger Einmischungen *staatlicher und nicht-staatlicher Akteure* von außen in die politischen Kräfteverhältnisse anderer Länder stellt nämlich überhaupt keinen ungewöhnlichen

„Informal Penetration“

Musk-Weidel-Gespräch: Was ist „erlaubte“ Kommunikation?



Bild: Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte/CC-BY-SA 3.0 DE

Wahlkampf von Willy Brandt: Hinter den Kulissen mischte Washington mit

Vorgang dar, bei grenzüberschreitendem Journalismus erst Recht nicht! Die Interventionsverflechtungen sind geradezu tägliche Praxis, verstärkten sich im Zuge der Globalisierung erheblich und zeigen sich auch in ihren neuen Dimensionen seit dem Aufkommen digitaler Massenkommunikation klar erkennbar.

Die Grundmuster staatlicher Interventionen hat der Politologe Paul Noack („Münchener Schule“ der Politikwissenschaft), bereits in den 1970er Jahren anschaulich beschrieben: Interventionen werden hier verstanden als unterschiedliche Techniken, die in der internationalen Politik angewendet werden, um entweder eine regierende Elite in einem Zielstaat abzusetzen und/oder zu ersetzen oder eine an der Macht befindlichen Elite in einem Klientel-Staat an der Macht zu halten.“

Dabei sei die Palette gebräuchlicher Interventionsmittel zahlreich. Sie reichen von militärischer Gewalt über ökonomische Mittel, wie z.B. Blockaden oder Zölle bis hin zur verstärkt auftretenden „Informal Penetration“, wie die angelsächsische Literatur

die mediale Durchdringung eines Staates nennt.

Zu Zeiten des Kalten Krieges unterstützten die Warschauer-Pakt-Staaten, an ihrer Spitze die Sowjetunion, die „Friedensbewegung“ in den westlichen NATO-Staaten mit erheblichem Propaganda-Aufwand, vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland. Zeuge Viktor W. Tutjunow, damals Mitarbeiter des deutschen Sektors der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, stellte im

Moskau finanzierte die westliche Friedensbewegung und Washington Willy Brandts Wahlkampf.

Deutschlandfunk klar:

„Wir wollten, das die Friedensbewegung in allen Ländern ihre Stimme stark artikuliert und Frieden und Abrüstung fordert. In diesem Sinne haben wir also die deutsche Friedensbewegung in den siebziger Jahre hoch geschätzt.“ (DLF-Hintergrund Politik vom 22.04.2000).

Die westdeutsche Friedensbewegung wurde jedoch nicht nur „hoch geschätzt“ sondern mit größtem Mitteleinsatz – auch

auf geheimdienstlichen Wegen – nachhaltig gefördert.

Perspektivenwechsel ohne wertende Gleichsetzung: Andererseits wurde im Westen z.B. die SPD aufgrund ihrer bündnispolitischen Orientierung von den Amerikanern unterstützt. Mehrere Presseorgane berichteten („The European“ oder „Der Spiegel“) über entsprechende Zahlungen von US-Diensten an Willy Brandt in den Wahlkämpfen der 1950er Jahren. Damit stärkte die US-Regierung ausgewählte Führungspersonlichkeiten im anti-kommunistischen Kampf gegen die schon damals rivalisierende Großmacht in Moskau und verschaffte ihnen Vorteile zur Festigung ihrer Positionen.

Warum also die Aufregung über ein Musk-Interview mit einer deutschen Kanzlerkandidatin? Offenbar weil er aus linker Sicht ein schlimmer Kapitalist sei und seine materielle Macht durch ein reichweitenstarkes Gespräch „missbrauchte“. So der Blick

durch die rot-grüne Ideologiemaske. Doch wie verhält es sich bei vergleichbaren Interventionen

anderer Milliardäre, z.B. in der Person des Oligarchen Georg Soros, der vor wenigen Jahren zur Wahl grüner Parteien aufrief? Italiens Regierungschefin, Georgia Meloni, brachte es unlängst auf den Punkt: „Mir ist nicht bekannt, dass Elon Musk Parteien, Vereine oder politische Akteure auf der ganzen Welt finanziert. George Soros tut dies jedoch.“

Fazit: Ein altbekanntes Muster von „zweierlei Maß“. Was sonst? ◆